

09.08.2017

Belgien kritisiert französisches Projekt im Milchsektor



Es ist gut nachvollziehbar, dass einzelne EU-Länder eigenständig Wege aus einer festgefahrenen Situation suchen, wenn es von EU-Seite her an einer stabilisierenden Politik mangelt.

So hat Frankreich im vergangenen Jahr seine Milchverarbeiter verpflichtet, Milch und Milchprodukte mit einem Herkunftsnachweis zu versehen, der den Konsumenten anzeigt, in welchem Land die Milch gemolken und verarbeitet wurde. Nun meldete sich der belgische Landwirtschaftsminister Willy Borsus zu Wort und verwies auf die Konsequenzen, die das französische Vorgehen für sein Land hätte. Der Milchhandel des Beneluxstaates mit Frankreich sei seit der Einführung der Kennzeichnungspflicht um 17 Prozent eingebrochen, Verträge bezüglich Milch und Milchprodukten würden immer seltener verlängert. Sein Amtskollege aus Frankreich, Stéphane Travert, verteidigt die Kennzeichnungspflicht als eine Erhöhung der Transparenz für Konsumenten und weist den belgischen Vorwurf zurück. Das Projekt würde erst einige Monate laufen und es könnten daher noch keine zuverlässigen Angaben zu seinen Auswirkungen gemacht werden.

Der Konflikt zwischen den beiden Ländern macht deutlich, wie notwendig es ist, das Problem im Milchsektor mit einer ausgleichenden Politik *auf EU-Ebene* zu lösen. Denn Krisen, wie sie den Milchsektor in den vergangenen Jahren ständig heimgesucht haben, schaffen negative Spannungen zwischen EU-Mitgliedern. Wirksame Kriseninstrumente auf EU-Ebene stabilisieren also nicht nur den Milchmarkt, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des allgemeinen Zusammenhalts in der EU.

Silvia Däberitz, EMB-Geschäftsführerin